



Positionspapier zur Zukunft der Pflege in Österreich

„Vorsorge stärken. Pflege daheim absichern. Finanzierung ehrlich neu ordnen.“

Beschlossen in der Sitzung des Bundesvorstandes des Österreichischen Gemeindebundes am 18. März 2026 in Wien

Österreich wird immer älter. Schon heute ist jede fünfte Person in unserem Land 65 Jahre oder älter. Bis 2040 wird diese Altersgruppe um rund ein Drittel anwachsen; gleichzeitig bleibt die Geburtenbilanz negativ. Weniger Erwerbstätige müssen künftig für mehr Unterstützungs-, Betreuungs- und Pflegebedarf aufkommen. Das setzt Familien, Personal, Gemeinden und öffentliche Budgets massiv unter Druck.

Für die Gemeinden ist das keine abstrakte Zukunftsfrage, sondern tägliche Realität. Hier zeigt sich zuerst, wo Angehörige an ihre Grenzen kommen, wo Mobilität fehlt, wo passende Wohnformen fehlen, wo Orientierung im System fehlt und wo Hilfe zu spät ankommt. Pflege beginnt nicht im Heim – Pflege beginnt im Alltag. In unseren Gemeinden. Denn dort wollen die Menschen nicht nur bis ins hohe Alter leben, sondern sie wollen zu 87% auch in den eigenen vier Wänden alt werden. Gerade deshalb muss Vorsorge stärker ins Zentrum rücken. Die größten Hebel für ein gutes Leben im Alter und für ein langfristig finanzierbares Pflegesystem liegen vor dem Pflegefall: in Gesundheitsförderung, Bewegung, altersgerechtem Wohnen, Barrierefreiheit, Mobilität, sozialer Teilhabe, früher Beratung und rechtzeitig organisierten Übergängen zwischen Lebensphasen.

Die Rückmeldungen aus den Gemeinden zeigen ein klares Bild: Die Grundversorgung ist vielerorts vorhanden, die größten Lücken liegen aber bei Lebensphasenübergängen, Wohnformen, Orientierung, Erreichbarkeit und Unterstützung im Alltag. Genau dort entscheidet sich, ob Pflege daheim gelingt oder ob Angehörige überfordert werden.

Der Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes hält daher fest: Pflege braucht einen klaren Weg mit Hausverstand und Realitätsbezug. Leitbild dafür ist unser Modell einer „Pflegekaskade“: zuerst Vorsorge und Unterstützung im Alltag, dann mobile und niederschwellige Angebote, danach Tagesbetreuung, Kurzzeit- und Übergangspflege sowie betreubare Wohnformen und Entlastung für Angehörige durch 24h Betreuung. Die stationäre Pflege soll demnach am Ende als intensivste Form der Pflege für all jene stehen, die ab Pflegestufe 4 einen Heimplatz benötigen. Insgesamt geht es um ein „Altern in Würde“ - mit und in unseren Heimatgemeinden.

Forderungen des Österreichischen Gemeindebundes

1. Vorsorge systematisch stärken

Bund und Länder müssen Vorsorge einerseits als wesentlichen Hebel für die zukünftige Leistbarkeit des Pflegesystems betrachten. Vorsorge soll in den Gemeinden andererseits aber auch als eine Form der sozialen Teilhabe verstanden werden. Dazu gehören Gesundheitsförderung und Bewegung – idealerweise in Gemeinschaft mit anderen. Altersgerechte Wohnraumanpassung, Barrierefreiheit im privaten und öffentlichen Raum, die aktive Beteiligung am öffentlichen Leben, Demenz- und Pflegeinformation sowie einfache Orientierung zwischen den



Angeboten für ältere Menschen und Angehörige ergänzen das umfangreiche altersgerechte Vorsorgeportfolio. **Vorsorge ist keine Nebensache, sondern die wirksamste Investition in mehr gesunde Lebensjahre und weniger spätere Überforderung.**

2. Pflege zu Hause stärken und Angehörige entlasten

Die Menschen wollen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben. Dafür braucht es mobile Dienste, aufsuchende Beratung, Tagesbetreuung, flexible Entlastungsangebote, praxistaugliche Modelle in der 24-Stunden-Betreuung und eine verlässliche Unterstützung für pflegende Angehörige. **Angehörige sind eine tragende Säule des Systems und brauchen Entlastung statt zusätzlicher Belastung.**

3. Kurzzeit-, Tages- und Übergangspflege rasch ausbauen

Hier liegt aus Sicht der Gemeinden der größte Engpass. Diese Angebote entlasten Familien, federn Krisen ab und machen Pflege zu Hause länger möglich. **Sie sind ein zentrales Scharnier einer funktionierenden Versorgungsstruktur, die auf niederschwellige und häusliche Angebote setzt, sich aber auf Unterstützung in Übergangs- und „Frei“-zeiten verlassen kann.**

4. Wohnformen, Barrierefreiheit und Mobilität als Pflegeprävention stärken

Betreubares und betreutes Wohnen, Zwischenformen zwischen daheim und Heim, die Nutzung bestehender Gebäude, seniorenrechtliche Ortskerne sowie Rufbusse, Senientaxis und andere Mobilitätsangebote können auch außerhalb der eigenen vier Wände ein langes Leben im eigenen Ort ermöglichen. Gesellschaftspolitisch und förderrechtlich müssen sie mehr Zuspruch erhalten und erleichtert werden.

Denn Wohnen und eine gute Erreichbarkeit der wesentlichsten Daseinsvorsorgedienste entscheiden darüber, ob Menschen länger selbstbestimmt leben können.

5. Koordination, Beratung und Orientierung vor Ort stärken

Menschen und Angehörige brauchen im Pflegesystem Klarheit und Verlässlichkeit. Daher braucht es gut erreichbare Ansprechstellen, bessere Koordination, funktionierende Schnittstellen und eine engere Verschränkung von Gemeinden, Trägern, Gesundheitssystem und Sozialbereich. **Ohne Orientierung im System wird Pflege zur Überforderung.**

6. Digitalisierung gezielt nutzen: Selbstständigkeit stärken, Abläufe verbessern, Pflegekräfte entlasten

Digitale Lösungen müssen dort eingesetzt werden, wo sie älteren Menschen ein längeres selbstbestimmtes Leben ermöglichen, Angehörige entlasten und Pflegekräfte von unnötiger Bürokratie befreien. Dazu gehören leicht nutzbare digitale Informations- und Beratungsangebote, bessere Vernetzung der Systeme, einfache digitale Ansprechwege, technische Assistenzsysteme im Alltag sowie eine spürbare Entlastung bei Dokumentation und Administration. **Digitalisierung darf menschliche Pflege nicht ersetzen, soll sie aber wirksam ergänzen und besser organisieren.**

7. Personal stärken, Bürokratie senken, Schnittstellen verbessern

Ohne ausreichend Fachkräfte wird keine Pflegestrategie in der Praxis funktionieren. Daher braucht es mehr Ausbildungsplätze, attraktivere Berufsbilder, praxistaugliche Regeln und weniger Dokumentationslast. **Die Übergänge zwischen Krankenhaus,**



Hausarzt, mobiler Pflege, sozialem Bereich und stationärer Versorgung müssen endlich besser funktionieren.

8. Finanzierung ehrlich neu ordnen: mehr Geld optimiert einsetzen, klare Zuständigkeiten, echte Kostenwahrheit

Pflege braucht eine faire, nachvollziehbare und langfristig tragfähige Finanzierungsarchitektur. Wer Aufgaben vorgibt, muss Finanzierung und Zuständigkeit mitliefern. Gemeinden dürfen nicht dauerhaft jene Lücken finanzieren, die andere Ebenen offenlassen. Es braucht mehr Geld im System – aber in Versorgung, Personal, Vorsorge, Bürokratieabbau und Entlastung, nicht für mehr Bürokratie.

Zur ehrlichen Debatte über die Pflegefinanzierung gehört weiters die Frage, welchen Beitrag Pflegebedürftige im stationären Bereich unter fairen und sozial ausgewogenen Rahmenbedingungen selbst leisten können. Aus Sicht des Österreichischen Gemeindebundes sind entsprechende Beiträge der zu Pflegenden gerechtfertigt. Es braucht aber auch tragfähige Zusatzfinanzierungsmodelle – von einer neuen Kostenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden beginnend bis hin zu einer Pflegeversicherung, die wir als wünschenswertes solidarisches Zukunftsmodell erachten.

Schlussfolgerung

Die Gemeinden übernehmen Verantwortung – speziell auch bei der Pflege und Betreuung älterer Menschen - weil sie nahe bei den Menschen sind. Sie wissen, wo Hilfe gebraucht wird, wo Systeme an ihre Grenzen kommen und wo pragmatische Lösungen von Nöten sind. **Damit Pflege in Österreich auch in Zukunft wohnortnah, leistbar und menschlich bleibt, braucht es jetzt einen klaren politischen Kurs: Vorsorge stärken, Pflege daheim absichern, Übergänge ausbauen und die Finanzierung ehrlich neu ordnen. Der Österreichische Gemeindebund bringt dazu diese kommunalen Positionen in die weiteren Verhandlungen mit Bund, Ländern und allen Partnern im System ein.**

Anmerkung:

Das vorliegende „Positionspapier“ des Österreichischen Gemeindebundes wurde im Rahmen von drei Pflegegesprächen im Winter 2025/2026 erarbeitet. Zu den Pflegegesprächen gibt es eine ausführliche Dokumentation aller Einzelbeiträge und der dabei geführten Diskussionen. Das vorliegende Papier ist eine Zusammenfassung, die in der Folge auch in den entscheidenden Gremien des Gemeindebundes beschlossen worden ist.

Einstimmig beschlossen am 18. März 2026 in Wien durch den Bundesvorstand des Österreichischen Gemeindebundes.

